

Bern, 27.1.17

Protokoll des Parteitages

Datum, Zeit	2. November 2016, 19.15 bis 21.45 Uhr
Ort, Raum	Hotel Bern, Bern
Präsenz	Stimmberechtigte Personen 96
Absolutes Mehr	49
Protokollführung	Petra Maurer



1	Eröffnung und Begrüssung	2
2	Wahlen zum Parteitag	2
2.1	StimmzählerInnen.....	2
2.2	Mandatsprüfungskommission.....	2
2.3	Wahlbüro	2
2.4	Tagesbüro	2
3	Genehmigungen	3
3.1	Tagesordnung	3
3.2	Geschäftsordnung	3
3.3	Protokoll des Parteitages vom 11.6.16.....	3
4	Rede Simonetta Sommaruga	3
5	Spitalstandort-Initiative: Podiumsdiskussion	3
6	Parolenfassung	4
6.1	Spitalstandort-Initiative	4
6.2	Atomausstiegs-Initiative.....	5
7	Wechsel in der Geschäftsleitung SP Kanton Bern	6
8	Resolutionen	6
9	Verschiedenes	6
10	Schluss des Parteitages	6

1 ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Roberto Bernasconi, Vize-Präsident der SP Kanton Bern eröffnet den Parteitag und begrüsst die Anwesenden. Aus der Geschäftsleitung entschuldigt sind Barbara Egger-Jenzer und Ursula Zybach. Er übergibt das Wort Parteipräsidentin Ursula Marti für die Begrüssungsrede.

Ursula Marti begrüsst ganz speziell Bundesrätin Simonetta Sommaruga und Regierungsrat Christoph Ammann. Sie hat als erstes positive Nachrichten: In vielen Gemeinden, z.B. Schüpfen, Neuenegg, Biel, Belp, Oberhofen und Attiswil konnte die SP bei den Gemeindewahlen zulegen. In Langenthal haben wir einen neuen Stapi und Zuwachs im Parlament. Der leicht positive Trend zeigt, dass wir das Feld auf kommunaler Ebene nicht der SVP überlassen. Sie bedankt sich für das grosse Engagement der Sektionen in den Gemeinden. Die Summe all unseres Wirkens macht die SP Kanton Bern aus!

Zum heutigen Zeitpunkt noch offen sind die Wahlen in Bern, Spiez oder auch Burgdorf. Sie wünscht allen viel Erfolg. Wir haben einen starken inneren Kompass. Das macht uns stark und glaubwürdig. Diesen Ball wollen wir aufnehmen für eine akzentuierte glaubwürdige Politik für alle statt für wenige.

Weniger positiv ist die Vorlage zur Unternehmenssteuerreform USR3. Die SP hat das Referendum ergriffen, die Abstimmung kommt im Februar 2017. Wir müssen alles daran setzen, die Bevölkerung über die «Selbstbedienungsmentalität» der Vorlage mit vielen steuerlichen Vorteilen für Grosskonzerne aufzuklären und das Referendum zu gewinnen. Das Beispiel Luzern mit «Straf-Ferien» in Schulen zeigt, wohin Tiefsteuerstrategien führen. Auch die Berner Steuerstrategie ist brandgefährlich: Es droht ein Loch von 200 Mio. in der Kantonskasse und 100 Mio. in den Gemeinden - und damit Abbauprogramme bei Personal, Service Public, Bildung und Armutsbekämpfung.

2 WAHLEN ZUM PARTEITAG

2.1 StimmzählerInnen

Es werden vorgeschlagen und gewählt:

	StimmzählerIn	Ersatz
Tischreihe 1 und Bühne	Gerda Schneider	Maria Senn
Tischreihe 2	Eva Schmid	Beat Wegmüller
Tischreihe 3	Adrian Lehmann	Andreas von Ballmoos
Tischreihe 4	Mario Rothacher	Res Zysset
Tischreihe 5	Daniel Vonlanthen	Anita Sieber

2.2 Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Stefan Neuenschwander, Regina Fuhrer (GPK) und Rosa Treu (Sekretariat).

2.3 Wahlbüro

Das Wahlbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus den StimmzählerInnen sowie David Stampfli als Präsident.

2.4 Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Statuten eingesetzt. Es besteht aus Ursula Marti, Roberto Bernasconi, Michael Aebersold und den StimmzählerInnen.

So beschlossen.

Für Wortmeldungen muss wie immer vor dem entsprechenden Traktandum ein Formular ausgefüllt und bei Michael Aebersold abgegeben werden.

3 GENEHMIGUNGEN

3.1 Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.2 Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

3.3 Protokoll des Parteitages vom 11.6.16

Das Protokoll wird genehmigt.

Ursula Marti macht auf das neueste Buch von Liselotte Lüscher «Von der Sekundarschule zur Gesamtschule» aufmerksam, das heute vergünstigt bezogen werden kann.

4 REDE SIMONETTA SOMMARUGA

Simonetta Sommaruga hat sich in den letzten Wochen mit verschiedenen Steuerprojekten beschäftigt: Mit USR3 und ganz persönlich, denn einzelne SP-Politiker fordern, dass sie und Alain Berset mehr Geld an die Partei abliefern sollen.

Im Bundesrat gibt es eine neue FDP/SVP Mehrheit. Und trotzdem: Wer gute Vorlagen entwickelt, gute Argumente hat und gute Allianzen schmiedet, kann weiterhin Vorlagen durchbringen. So hat der Bundesrat z.B. die Vorlage verabschiedet, welche die Lohnunterschiede zwischen Frau und Mann beseitigen soll. Auch die Zahlungen an Verdingkinder sind ein grosser und wichtiger Schritt, den das neue Parlament nicht verhindert hat. Aber manchmal schlägt der Rechtsrutsch voll durch: s. Bauern oder Entwicklungshilfe. Wahlen sind deshalb besonders wichtig! In Dossiers wie Familienpolitik, Eherecht oder Adoption gibt es Widerstand im Parlament. Menschen dürfen nicht wegen ihrer Lebensform diskriminiert werden. Es gibt immer mehr nicht Verheiratete mit Kindern, die ein Gesetz brauchen, das diese Diversität widerspiegelt. Ein wichtiges Zwischenziel konnte mit der Möglichkeit der Adoption für gleichgeschlechtliche Paare erreicht werden. Erfreulich auch, dass das Referendum nicht zustande gekommen ist.

Die hervorragenden Resultate bei den Kantonswahlen im Aargau und Basel und in den Städten wie Biel und Langenthal zeigen, dass wir dem Rechtsrutsch etwas entgegenstellen können. Das kann uns auch bei eidgenössischen Abstimmungen gelingen. Vorlagen wie die erleichterte Einbürgerung für die dritte Generation müssten eine absolute Selbstverständlichkeit sein. Denn diese Menschen sind hier verwurzelt und müssen die gleichen Rechte haben. Wir wollen einstehen für unsere Werte. Sie freut sich auf diese und weitere politische Auseinandersetzungen.

5 SPITALSTANDORT-INITIATIVE: PODIUMSDISKUSSION

Moderation: Marius Aschwanden, Berner Zeitung

Pro: Rudolf Joder

Die Schliessung der Geburtenabteilung Riggisberg hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Relevant ist der Abbau des Service Public. 13. Landspitäler und 13 Notfallstationen wurden geschlossen und stark zentralisiert. Die Versorgungssicherheit im ländlichen Raum ist schlechter geworden. Die Kostensteigerung ist enorm. Wenn man näher hinschaut: Riggisberg war eine

Geburtsabteilung mit steigender Nachfrage. Die Schliessung war ein Affront gegenüber den Patientinnen und Mitarbeitenden. Deshalb wurde die Initiative ergriffen. Ziele der Gesetzesinitiative sind: Kosten sparen, keine weiteren Schliessungen von kostengünstigen Kleinspitälern auf dem Land und Sicherstellung der Versorgung mit einfachen, kostengünstigen Strukturen. Dies mit einem differenzierten Angebot für einfache medizinische Fälle. Für kompliziertere Fälle soll die Zuständigkeit bei Zentrumsspitalern und für die Spitzenmedizin beim Inselspital liegen. Die Grundversorgung soll durch die Regionalspitäler sichergestellt werden. Die Initiative ist ein Marschhalt: Die Zeit soll genutzt werden, um eine neue Strategie zu entwickeln und die aktuelle zu korrigieren.

Kontra: Michael Aebersold

Wenn er Rudolf Joder hört, hat er das Gefühl, es spreche ein Sozialist..

Hauptgrund gegen die Initiative ist: Wir haben eine gute Spitalversorgung. Wenn etwas notwendig ist, muss man es bezahlen. Allein aus Gründen der Mobilität ist das anders als früher: die Initiative basiert auf Annahmen des letzten Jahrtausends. Eine gute Gesundheitsversorgung hat nichts mit Beton und zementierten Bauten zu tun, sondern mit Leistungen. Die Initiative ist eine Mogelpackung, die Probleme nicht löst und die Flexibilität der Spitäler verhindert. Sie vernachlässigt zudem die Privaten Spitäler, wo Qualität und Leistung nicht gesteuert werden könnten, denn die Vorgaben gelten nur öffentliche Spitäler. Gut ist, dass die wichtige Diskussion – was brauchen und wollen wir? – lanciert ist. Riggisberg hat sich bereits neu ausgerichtet. Eine Rückgängigmachung würde enorm teuer zu stehen kommen.

Die Argumente pro und kontra Initiative werden in der anschliessenden Podiumsdiskussion unter der Leitung von Marius Aschwanden weiter ausgeführt.

6 PAROLENFASSUNG

Roberto Bernasconi leitet das Traktandum ein.

6.1 Spitalstandort-Initiative

Daniel Hügli, GKB: Der Gewerkschaftsbund des Kantons Bern sagt Ja zur Spitalstandortinitiative, aber mit einer anderen Gewichtung: Es geht dem GKB um die Sicherstellung qualifizierter Arbeitsplätze und der wirtschaftlichen Entwicklung im ländlichen Raum. Zuerst wird bei der Post abgebaut, dann bei den Spitälern. Das Gesundheitswesen gehört zu den Grundpfeilern des Service Public. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung ist auch in der Bundesverfassung festgehalten. Die aktuelle Entwicklung kostet die ländlichen Regionen Substanz und somit Perspektiven in der wirtschaftlichen Entwicklung. Es geht auch um den Zusammenhalt zwischen Stadt und Land. Und es geht um soziale Gerechtigkeit. Für alle statt für wenige.

Beatrice Stucki, VPOD: Der VPOD, der die Interessen des Personals im Gesundheitsbereich vertritt, sagt Nein zur Spitalstandort-Initiative. Wir wollen gute, sichere Anstellungsbedingungen für das Personal in den Spitälern. Dafür wurde für die öffentlichen Spitäler ein GAV abgeschlossen. Mit der Initiative würde nun die Qualität massiv bedroht. Der geforderte Wiederaufbau der Geburtsabteilungen wäre nicht gratis zu haben. Gemäss KVG müsste der Kanton dafür aufkommen. Die Initiative wäre ein enorm teures Moratorium! Der Kanton wäre gezwungen, die Kosten auf das Personal abzuwälzen, wie dies leider schon heute Realität ist.

Es ist ein Trugschluss, dass durch die Initiative Arbeitsplätze erhalten werden könnten. Wir müssen in gute Arbeitsplätze in neuen Formen wie Gesundheitszentren, Tageskliniken und Geburtshäuser

investieren – nicht in alte Strukturen. Mit einem Nein zur Initiative stärken wir der SP den Rücken für eine gute Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsbedingungen für das Personal.

Ursula Marti: Die GL der SP Kanton Bern empfiehlt die Ablehnung der Initiative. Sie ist das falsche Rezept für die Sicherstellung der Versorgung. Die Initiative zementiert alte Strukturen und gefährdet die Erhaltung von Qualität und guten Arbeitsbedingungen.

Susanne Claus, SP Biel-Madretsch: Als Geschäftsführerin des Geburtshauses Luna in Biel bittet sie um die Nein-Parole. Als Hebamme hat sie die Schliessung von Riggisberg auch getroffen. Aber: diese Frauen kommen nun nach Biel. Auch wird demnächst ein Geburtshaus in Bern eröffnet - wo es sicher einfacher sein wird, Hebammen zu finden als auf dem Land. Gesundheitspersonal ist gefragt und gesucht! Auch Zweisimmen ist ein wunderbares Projekt, das unbedingt unterstützt werden muss. Die Geburtshilfe generell ist nicht rentabel. Unser Bestreben muss sein, dass Spontangeburt aufgewertet oder quersubventioniert werden. Sie bittet in diesem Sinn, die Geburtshäuser zu unterstützen und nicht die Initiative.

Adrian Wüthrich, SP Huttwil: Die SP Grossratsfraktion hatte sich im Rat um einen Gegenvorschlag bemüht und sich für den Erhalt der Spitäler auf dem Land eingesetzt. Aber: Diese Initiative ist nun wirklich nicht die Lösung. Die öffentlich-rechtlichen Spitäler müssen die besten sein. Wenn wir diesen nun eine Eisenkugel anlegen, wird allein die Situation der Zweiklassenmedizin gefördert. Deshalb: Nein zur Initiative.

Agnes Nienhaus, SP Bümpliz-Bethlehem: Die Zentralisierungspolitik ist Folge der medizinischen Entwicklung wie z.B. der reduzierten Aufenthaltsdauer. Dazu kommt: Die Leute wissen heute, wo der Spezialist ist, von dem sie operiert werden wollen. Mit dem Rest können die kleinen Spitäler nicht aufrechterhalten werden. Die Initiative kann die Entwicklung der einzelnen Standorte nicht aufhalten. Kleinspitäler sind nicht kostengünstig. Das Geld, das die Initiative kostet, kann anders viel besser eingesetzt werden.

Irène Marti-Anliker sieht die GKB-Parole als eine Machtprobe der UNIA gegen den VPOD. Sie hat viel Erfahrung im Gesundheitswesen und in der Gesundheitspolitik. Vorstösse für Gesundheitszentren und Anträge für eine bessere Steuerung: alles wurde im Grossen Rat abgelehnt. Und nun kommt eine Initiative, die Strukturen zementiert. Es geht weder um bessere Qualität noch um bessere Versorgung. Punkte wie ambulante Versorgung, Hausärzte und Notfallversorgung werden nicht aufgegriffen. Deshalb: Nein zur Spitalstandort-Initiative.

Johannes Wertenweiler: GKB: Der GKB hat sich intensiv mit der Initiative beschäftigt. Es war ein demokratischer Entscheid. Den Vorwurf des Machtspiels weist er in aller Form zurück.

Abstimmung: Der Parteitag spricht sich bei 2 Ja-Stimmen und 7 Enthaltungen mit einer klaren Mehrheit gegen die Spitalstandortinitiative aus.

6.2 Atomausstiegs-Initiative

Evi Allemann: Die Atomausstiegs-Initiative schlägt einen geordneten Ausstieg vor. Den Ausstieg will auch die Energiestrategie des Bundes, jedoch fehlt der konkrete Ausstiegsplan.

Die AKWs sind Grossrisiken. Der Ausstieg ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll. Wir wollen den Ausstieg möglichst rasch. Das ist möglich. Deshalb: Ja zur Atom-Ausstiegsinitiative.

Abstimmung: Der Parteitag beschliesst einstimmig die Ja-Parole zur Atomausstiegs-Initiative.

7 WECHSEL IN DER GESCHÄFTSLEITUNG SP KANTON BERN

Ursula Marti informiert über den Rücktritt von Tamara Funicello aus der GL der SP Kanton Bern, da sie zur Präsidentin der JUSO Schweiz gewählt worden ist. Tamaras grosses Engagement und Talent wurde in der GL besonders geschätzt – auch wenn ihre Inputs manchmal eine Herausforderung waren. Sie bedankt sich bei Tamara für den grossen Einsatz und wünscht ihr alles Gute für das neue Amt.

Tamara Funicello bedankt sich für die gute Zusammenarbeit, die auch für sie nicht immer einfach war. Die JUSO ist der Stachel im Arsch der SP, der auch schmerzen darf. Oder wie es Andi Gross sagt: Durch Auseinandersetzung kommt man zu Erkenntnis. Ihre Nachfolgerin Daria Vogrin wird nicht scheuen, diese Linie weiter zu verfolgen. Sie selber wird auf anderer Ebene weiterwirken. Sie schliesst mit den Worten: «Lasst uns weiterstreiten. Venceremos»!

Daria Vogrin (Lebenslauf wurde mit der Einladung verschickt) stellt sich kurz vor: Sie ist seit 5 Jahren in der JUSO, seit einem Jahr in der SP. Für sie ist klar: Das JUSO-Engagement ist wichtig und wertvoll. Wir dürfen uns nicht auf Schadensbegrenzung der bürgerlichen Politik beschränken. Unsere Politik ist die Richtige, das müssen wir den Leuten als gesamte Partei zeigen – auf der Strasse und nach innen. Deshalb braucht es die JUSO.

Der Parteitag wählt Daria Vogrin per Akklamation in die GL der SP Kanton Bern.

8 RESOLUTIONEN

Es sind keine Resolutionen eingegangen.

9 VERSCHIEDENES

Ursula Marti informiert über die Tagung der SP Frauen Kanton Bern am 25. Februar 2017

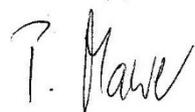
10 SCHLUSS DES PARTEITAGES

Ursula Marti bedankt sich für die vielseitigen Voten und die gute Organisation.

Der Parteitag ist geschlossen.

Schluss des Parteitags: 21.45 Uhr

Für das Protokoll



Petra Maurer

- StimmzählerInnen
- Mandatskontrolle
- Resolutionen